



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 84. Ratssitzung vom 31. Januar 2024

2785. 2022/662

**Postulat von Selina Frey (GLP), Patrick Hässig (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 14.12.2022:**

**Vorstösse des Gemeinderats im Bereich Strategien Zürich 2035 und Smart City, Überweisung als Themenliste für Studierende an Partnerhochschulen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Selina Frey (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1146/2022): Die Politik muss lösungsorientierter, proaktiver und vernetzter werden. Unser politisches System ist stellenweise träge und nicht immer geeignet, schnell umsetzbare Lösungen vorzulegen. Dieser Vorstoss wurde vor einem Jahr eingereicht. Erst heute diskutieren wir ihn. Sollte er angenommen werden, darf sich die Verwaltung zwei Jahre Zeit lassen, um daran zu arbeiten. Wir fordern den Stadtrat auf zu prüfen, wie angenommene Vorstösse des Gemeinderats, die den Zielen der Strategie 2035 und Smart City Zürich entsprechen, als Themenliste an Studentinnen und Studenten an Partneruniversitäten überwiesen werden können. Die Forderung wirkt trivial, basiert aber auf Erfahrungen und ist keine Alibiübung. Während meiner Zeit an der ETH habe ich unter Mitstudierenden eine Umfrage gemacht. Heraus kam, dass eines ihrer grössten Anliegen ist, im Studium erworbenes praxisrelevantes Wissen mit der Welt zu teilen und sich so nützlich zu machen. Der Austausch soll sicherstellen, dass Vernetzungen zwischen Verwaltung und Hochschulen breiter aufgebaut werden. Auf nationaler Ebene hat sich diese Praxis im Nachgang der Pandemie bewährt. Auch für die Demokratie ist die Einbindung junger Menschen in die Politik wichtig. Laut einer Befragung von 1500 Jugendlichen sind 45 Prozent gleichgültig oder offen gegenüber autoritärem Denken von zentralen Politikern eingestellt. Eine Zusammenarbeit über alle Ebenen bringt uns bei der Lösungsfindung voran.*

*Moritz Bögli (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 18. Januar 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Die AL ist nicht gegen eine vertiefte Partnerschaft mit den Hochschulen. Es geht uns um den Grundsatz. Mit diesem Postulat möchte die GLP komplexe Aufgaben der Verwaltung ohne Bezahlung an finanziell marginalisierte Studierende auslagern. Sinnvoller wäre es zum Beispiel, den Stadtrat aufzufordern, bezahlte Praktikumsstellen im Zusammenhang mit Abschlussarbeiten anzubieten, wie es zahlreiche private Unternehmen tun. Dort hat man gelernt, die geleistete Arbeit wertzuschätzen und zu entlohnen. Am Postulat kritisieren wir auch die Glorifizierung der Privatwirtschaft. Die GLP*



*fordert faktisch, dass die Stadt wie ein Unternehmen funktionieren soll, um mit der grössten Krise unserer Zeit umzugehen. Das ist erschreckend geschichtsblind: Immerhin hat uns der Kapitalismus den Klimawandel beschert. Die grossen Forschungsinnovationen kommen immer noch aus staatlichen Institutionen, nicht aus privaten Unternehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** *Die SVP lehnt das Postulat ebenfalls ab. Wir haben eine ganz andere Vorstellung einer smarten Stadt als die GLP, die gern von dynamischen Synergien und Effizienz spricht, faktisch aber den linken Rat dabei unterstützt, immer mehr schwerfällige staatliche Regulierungen zu installieren.*

**Urs Riklin (Grüne):** *Ich sehe es ähnlich wie Selina Frey (GLP). Die Politik ist träge und ein enges Zusammenspiel zwischen Wissenschaft, Forschung und Politik schafft Abhilfe. Es ist zu begrüßen, wenn Politik evidenzbasiert gemacht wird, statt sich auf Empörung abzustützen. Externe Expertise herbeizuziehen macht Sinn und kann helfen, politisch mehrheitsfähige Lösungen auszuarbeiten. Gleichzeitig erscheint uns das Postulat etwas idealistisch. Ich bin mir nicht sicher, ob das Weitergeben von Vorstössen an Studierende viel schnellere und bessere Lösungen hervorbringt. Für Studierende ist es sicher spannend, praxisbezogene und gesellschaftsrelevante Themen bearbeiten zu können. Gleichzeitig wäre es fragwürdig, wenn sie gratis Arbeit für den Gemeinderat übernehmen, wie suggeriert wurde. Wir sind uns uneinig, ob es das Postulat für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Hochschulen braucht und enthalten uns.*

**Roger Föhn (EVP):** *Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt das Postulat. Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Verwaltung erscheint uns sinnvoll. Der Ablehnungsantrag der AL verwundert mich etwas. Ein Textänderungsantrag, der eine Kompensation für die Studierenden fordert, wäre ein guter Kompromiss gewesen.*

**Dr. Mathias Egloff (SP):** *Ich bin kein Fan davon, den Hochschulen vorzuschreiben, was sie forschen sollen. Grundsätzlich ist die Absicht des Postulats, Kontakte zwischen dem Gemeinderat und den Hochschulen zu knüpfen und zu intensivieren, aber prüfenswert. Wir nehmen das Postulat auch ohne Textänderung an.*

**Selina Frey (GLP):** *Es gab offensichtlich bei einigen Parteien ein Umdenken. Die Grünen wollten dem Postulat ursprünglich zustimmen und hatten eine Textänderung eingereicht. Ich möchte einiges ergänzen, da der kurze Postulatstext nicht richtig verstanden wurde. Es wird damit nicht der Auftrag gegeben, irgendwelche Projekte umzusetzen, sondern bloss, Themen als Bringschuld aufzusetzen. Die SVP wiederum ist anscheinend gar nicht an gemeinsamen Positionen oder Effizienz interessiert. Es wurde auch gesagt, dass der Vorstoss idealistisch sei. Es ist schade, dass niederschwellige Vorstösse, bei denen man sich nicht profilieren kann, kleingeredet werden. Das Postulat könnte zu vielerlei führen, zum Beispiel Startup-Ideen von den Studierenden. Der Effekt davon wäre*



3 / 3

*viel grösser als unsere ewigen Diskussionen im Rat. Ich möchte lieber proaktiv politisieren, als einfach daneben oder im Weg zu stehen, wenn es vorwärts gehen soll.*

Das Postulat wird mit 79 gegen 18 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat